

Kosta, Jiří Heinrich Georg

Working Paper

Die ökonomische Transformationsstrategie Tschechiens im Vergleich zur Slowakei, Ungarn und Polen

WZB Discussion Paper, No. FS II 97-602

Provided in Cooperation with:

WZB Berlin Social Science Center

Suggested Citation: Kosta, Jiří Heinrich Georg (1997) : Die ökonomische Transformationsstrategie Tschechiens im Vergleich zur Slowakei, Ungarn und Polen, WZB Discussion Paper, No. FS II 97-602, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB), Berlin

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/56420>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Veröffentlichung der Forschungsgruppe Transformation und Globalisierung
des Forschungsschwerpunkts Technik-Arbeit-Umwelt am
Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung

FS II 97-602

**Die ökonomische Transformationsstrategie
Tschechiens im Vergleich zur
Slowakei, Ungarn und Polen**

Jirí Kosta

Berlin, März 1997

Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH (WZB)
Reichpietschufer 50, D-10785 Berlin
Tel.(030)25491-0

Zitierhinweis

Das vorliegende Dokument ist die pdf-Version zu einem Discussion Paper des WZB. Obwohl es inhaltlich identisch zur Druckversion ist, können unter Umständen Verschiebungen/Abweichungen im Bereich des Layouts auftreten (z.B. bei Zeilenumbrüchen, Schriftformaten und –größen u.ä.).

Diese Effekte sind softwarebedingt und entstehen bei der Erzeugung der pdf-Datei.

Sie sollten daher, um allen Missverständnissen vorzubeugen, aus diesem Dokument in der folgenden Weise zitieren:

Kosta, Jíri: Die ökonomische Transformationsstrategie. Discussion Paper FS-II 97-602.

Berlin : Wissenschaftszentrum, Berlin 1997.

URL: <http://bibliothek.wz-berlin.de/pdf/Jahreszahl/ii97-602.pdf>

Abstract:

Jiri Kostas jüngste Publikationen sind Beiträge zur Transformationsdiskussion. So auch der hier vorgelegte. Diskutiert wird darin die aktuelle wirtschaftliche Entwicklung in der tschechischen Republik. Gestützt vor allem auf makroökonomische Daten, wird der als sehr erfolgreich geltende Verlauf des tschechischen Transformationsprozesses analysiert und bewertet. Im Mittelpunkt steht die Strategie der ökonomischen Transformation in Tschechien, der, einbezüglich der guten Voraussetzungen dieses Landes, der beachtliche Erfolg dieses Prozesses zugeschrieben wird. Auf die institutionellen Schwächen des tschechischen Transformationsmodells wird kurz verwiesen und der Autor vermerkt diesbezüglich, daß sich diese auf die derzeit konstatierte positive Entwicklungstendenz des tschechischen Wegs der Transformation auswirken könnten.

Jiri Kosta war von 1970-87 Professor für Volkswirtschaftslehre in Frankfurt am Main. Sein Interesse galt insbesondere den sozialistischen Wirtschaftssystemen. Es gilt heute, nach seiner Emeritierung, den Entwicklungen, die sich jetzt nach dem Ende des kommunistischen Systems in seiner alten Heimat, der Tschechoslowakei - jetzt Tschechische Republik - vollziehen.

| Inhalt | Seite |
|---|--------------|
| I. Vom Plan zum Markt: alternative Transformationsstrategien | |
| II. Die Transformationsstrategie Tschechiens im Vergleich | 3 |
| 1. Liberalisierung und Deregulierung | 4 |
| 2. Die Dominanz der Marktwirtschaft als vorrangiges Ziel | 5 |
| 3. Der Aufbau marktkonformer Institutionen | 9 |
| 4. Die den Transformationsprozeß flankierende Wirtschaftspolitik | 11 |
| III. Die erzielten Entwicklungsergebnisse im Vergleich | 14 |
| 1. Wirtschaftswachstum | 15 |
| 2. Beschäftigung | 18 |
| 3. Das Bemühen um Preisstabilität | 20 |
| 4. Das Problem des außenwirtschaftlichen Gleichgewichts | 22 |
| IV. Fazit | 26 |
| Literatur | 27 |

I. Vom Plan zum Markt: alternative Transformationsstrategien

Nach der politischen Wende von 1989 bestand unter den neuen politischen Eliten in den postkommunistischen Ländern Ostmitteleuropas - in der Tschechoslowakei, in Polen und in Ungarn - Einigkeit über die Ziele der ökonomischen Transformation: anstelle der auf Staatseigentum basierenden zentralen Planwirtschaft sowjetischen Typs war eine marktwirtschaftliche Ordnung westlichen Zuschnitts anzuvisieren, in der private Eigentumsrechte dominieren sollten.¹ Kein eindeutiger Konsens herrschte jedoch unter den Reformstrategen - den politischen Entscheidungsträgern sowie den federführenden Ökonomen -, wie der Weg zur Erreichung dieses Ziels erreicht werden soll, m. a. W., welche Art von Transformationsstrategie in die Wege zu leiten sei. Besonders in Polen und der Ex-CSSR (nunmehr "CSFR"²) kristallisierten sich zwei konträre Positionen heraus, die in der einschlägigen Literatur als "schockartig"¹¹ bzw. "gradualistisch" bezeichnet wurden.³ Ungeachtet dessen, daß diese Termini die Kontroverse äußerst ungenau kennzeichnen, sei vorweg angedeutet, daß mit dem Begriff "Schock" (auch "Big Bang") ein schlagartiger, und das heißt auf einen bestimmten Zeitpunkt bezogener und gleichzeitig mit Schmerzen verbundener Übergang gemeint ist, wogegen "Gradualismus" eine sukzessive Transformation bedeutet, mit deren Hilfe man soziale Härten zumindest zeitweilig mildern sollte. Als Beispiel mag eine zu einem bestimmten Datum vollzogene umfassende Freigabe der bislang zentral reglementierten Preise (als Gegenstück zu einer allmählichen Preisliberalisierung) dienen.

Ehe auf die Transformationsstrategie Tschechiens, deren Konzeption auf dem Boden der gemeinsamen CSFR (1990-1992) formuliert und in der Folge umgesetzt worden ist⁴, näher eingegangen wird (Teil II), ist auf einen Umstand hinzuweisen, den es zu berücksichtigen gilt: Die Transformationsstrategie weicht in der Selbstdarstellung der verantwortlichen Politiker häufig von den entsprechenden Beschlußdokumenten und von den konkret gefaßten Maßnahmen ab. Typisch für

¹ Das so formulierte Ziel - nämlich die Verbindung von marktwirtschaftlicher Koordination und privater Eigentumsordnung - deutet auf den Unterschied gegenüber früheren in kommunistischen Ländern konzipierten Reformmodellen hin, die auf eine Synthese von sozialistischem Eigentum und marktwirtschaftlicher Lenkung setzten (so etwa "sozialistische Marktwirtschaft" a la Jugoslawien oder später Ungarn).

² CSSR = Tschechoslowakische Sozialistische Republik; CSFR = Tschechoslowakische Föderative Republik.

³ Vgl. J. Kosta: Die Transformation des Wirtschaftssystems in den CEFTA - Ländern. Strategien und Ergebnisse im Vergleich. In: H. Süßmuth (Hg.): Transformationsprozesse in den Staaten Ostmitteleuropas, Baden-Baden, 1997, im Druck. D. Loesch: Der Weg zur Marktwirtschaft, Baden-Baden, 1993.

⁴ Die CSFR (vgl. Anm. 2) bestand aus den Teilrepubliken der Tschechischen Republik (CR) und der Slowakischen Republik (SR); ab 1.1.1993 ist mit der Auflösung der Föderation jede der Republiken selbständig geworden.

diesen Sachverhalt ist der Unterschied zwischen der neoliberal-monetaristischen Rhetorik von Vaclav Klaus, der in der breiteren, vor allem westlichen Öffentlichkeit als der "Vater" der tschechischen Reformstrategie betrachtet wird ("Markt ohne Attribut") und der pragmatisch angelegten, soziale sowie strukturpolitische Belange berücksichtigenden Wirtschaftspolitik, die Klaus seit 1990 zu verantworten hatte.⁵ Die Aussagen dieses Beitrags basieren im wesentlichen auf der faktisch realisierten Strategie, die sich mitunter von der verbalen Selbstdarstellung der federführenden Reformer unterscheidet.⁶ Die im weiteren vorgenommene Untergliederung der Transformationsstrategie für vier Teilbereiche ermöglicht eine umfassende Kennzeichnung der System verändernden ("ordnungspolitischen") Schritte sowie der sie flankierenden wirtschaftspolitischen ("prozeßpolitischen") Maßnahmen. Darüber hinaus vermag die vorgeschlagene Unterteilung die allzu kurz greifende Alternative "Schock" versus "Gradualismus" zu präzisieren. Und schließlich ist die folgende Vierersystematik geeignet, den in Teil III (Bewertung der Ergebnisse) skizzierten Zusammenhang zwischen gewählter Strategie und erzielten Resultaten schlüssig herauszuarbeiten. Die vier Teilbereiche, die die Transformation von der planwirtschaftlichen zur marktwirtschaftlichen Ordnung markieren, lauten:

1. die Liberalisierung der Binnen- und der Außenwirtschaft;
2. die Privatisierung der Staatsbetriebe;
3. die Errichtung marktkonformer Institutionen;
4. die prozeßpolitische Flankierung der drei ordnungspolitischen Bereiche (1.-3.).

Eine schockartige Transformation würde bedeuten, daß die entsprechenden Schritte in allen vier genannten Bereichen zu einem bestimmten Datum (oder zumindest in kürzester Frist) vollzogen werden, wobei die unausweichlichen sozialen Härten in Kauf zu nehmen wären. Es bedarf keiner besonderen Überlegung, um

⁵ Vaclav Klaus, geb. 1941 in Prag, gehörte bereits in den späten 60er Jahren zu den wenigen tschechischen Wirtschaftswissenschaftlern, die als Anhänger der westlichen main-stream economics auftraten. Auch nach seiner daraus resultierenden "strafweisen" Versetzung aus der Akademie der Wissenschaften in die Staatsbank hielt er an seinen Auffassungen fest, die zunehmend der neoliberal-monetaristischen Position das Wort redeten. Klaus schloß sich im Zuge der Wende als Wortführer einer Gruppe von Ökonomen dem Führungskreis des Bürgerforums an. Hier profilierte er sich als Sprecher radikaler Reformer nicht nur als Wirtschaftsexperte, sondern auch als konservativer Politiker. Klaus wurde Ende 1989 zum Finanzminister der CSFR und als Leader der von ihm gegründeten "Bürgerlich-demokratischen Partei" (ODS) nach den im Juni 1992 gewonnenen Wahlen Ministerpräsident, zunächst der Tschechischen Republik als Teil der Föderation, und Anfang 1993 der nunmehr selbständigen CR.

⁶ Die neoliberale Rhetorik von Vaclav Klaus ("Markt ohne Attribut") hat etliche Autoren dazu geführt, das tschechische Transformationskonzept als eine marktradikale "Schocktherapie" zu interpretieren (so z.B. die ordoliberalen Kritik, die F.X. Keilhofer auf dem Workshop des WZB Berlin im November 1996 vortrug; vgl. dazu das interne Papier, das dieser Autor in Warschau im Januar 1996 unter dem Titel "Die Grenzen der 'Schock-Therapie'" verfaßt hat).

einzusehen, daß die Privatisierung der zahlreichen staatlichen Mammutunternehmen (Bereich 2) ebenso wie der Aufbau marktkonformer Institutionen (Finanzämter, Banken, Börsen, Wirtschaftsprüfer etc. Bereich 3) äußerst zeitaufwendige Unterfangen darstellen. Die Liberalisierung und Deregulierung (Bereich 1) sowie die stabilitätspolitischen Maßnahmen (Bereich 4) können zwar relativ kurzfristig durchgeführt werden; dabei sind jedoch soziale Härten durch angemessene marktkorrigierende Eingriffe (Einkommensumverteilung, Beschäftigungsförderung, partielle Preisreglementierungen usw.) abzumildern. Eine radikale "Schocktherapie", wo immer von ihr die Rede sein mag, wird somit realiter kaum durchführbar sein.⁷ Ungeachtet dieser Relativierung ist durchaus ein Unterschied zwischen einer auf hohes Tempo und Komplexität marktliberalen Reformkonzeption einerseits und einen langsameren schrittweisen und die Binnenwirtschaft stärker abschirmenden Übergang unbestreitbar. Wenn wir die erstere Variante (um das Wort "Schock" zu vermeiden) als "radikal", die zweite hingegen als "graduistisch" bezeichnen, dann ist die Transformationsstrategie Tschechiens zweifellos als radikal zu kennzeichnen. Auch die Herangehensweise Polens und der Slowakei verdient - vielleicht mit einigen Abstrichen - die gleiche Kennzeichnung, während der ungarische Weg besonders in den ersten zwei bis drei Jahren nach der Wende graduistische Züge aufwies. Diese zentrale These des vorliegenden Beitrags gilt es im folgenden Abschnitt zu belegen.

II. Die Transformationsstrategie Tschechiens im Vergleich

Nach einer kontroversen Diskussion entstanden in der CSFR im Herbst 1990 die Grundlagen der Transformationsstrategie. Es wurde ein Dokument verabschiedet, dessen Gültigkeit sich bis zur Spaltung des gemeinsamen Staates (Ende 1992) auf beide Teilrepubliken erstreckte.⁸ Die unter maßgeblicher Beteiligung tschechischer (weniger slowakischer) Ökonomen erarbeitete Konzeption und die an das genannte Dokument anknüpfenden Gesetzesnormen und Durchführungsbestimmungen

⁷ Es gibt freilich eine Ausnahme, die unter völlig einmaligen Bedingungen eine "Schocktherapie" möglich gemacht hat, nämlich das Beispiel der neuen Bundesländer. Hier konnte die Transformation infolge der Kapitalkraft des "reichen Bruders" sowie der von ihm sichergestellten personellen und organisatorischen Voraussetzungen in den vier genannten Bereichen kurzfristig bewältigt werden (die damit einhergehenden Probleme können im Rahmen dieses Beitrags nicht diskutiert werden).

⁸ Dieses Dokument, das als "Szenario der Wirtschaftsreform" von der Regierung der CSFR im September 1996 veröffentlicht wurde, ist nicht nur von der marktradikalen Position der Gruppe um Klaus geprägt gewesen; es trug an etlichen Stellen den Stempel anderer Gruppierungen (so etwa gradualistische und staatsinterventionistische Züge unter dem Einfluß eines Prognose-Teams um V. Komárek oder Elemente einer moderateren Liberalisierungs- und Privatisierungsstrategie, initiiert von einer Kommission der CR-Regierung um K. Kouba).

trugen gesamtstaatlichen Charakter.⁹ Freilich erfuhr die Realisierung der Konzeption sowohl in den drei Jahren vor der Spaltung der CSFR (1990-1992), als auch in den beiden Nachfolgestaaten - der Tschechischen sowie der Slowakischen Republik - bedeutsame Ergänzungen sowie partielle Änderungen. Die gesamte Stoßrichtung sowie die wesentlichen Elemente, die vor 1993 auf dem Boden des gemeinsamen Staates entwickelt worden waren, wurden in den Folgejahren in Tschechien beibehalten und in der Slowakei nur einigen Änderungen unterworfen. Daher wird im folgenden zwischen der "tschechoslowakischen" und der "tschechischen" Transformationsstrategie nicht unterschieden. Worin bestanden nun die Grundzüge der tschechischen Transformationsstrategie in den vier Bereichen und inwieweit unterschied sich dieser Kurs von jenem Polens, Ungarns und (ab 1993) der Slowakei?

1. Liberalisierung und Deregulierung

Die entscheidenden Liberalisierungs- und Deregulierungsschritte wurden bereits 1990 in Angriff genommen und kulminierten am 1. Januar 1991. Sie bestanden in der Freigabe der Preise, der Öffnung des Binnenmarktes für das private Kleingewerbe, der Zulassung von Ein- und Ausfuhrgeschäften für Unternehmen aller Eigentumsformen (anstelle der zuvor wenigen befugten staatlichen Außenhandelsmonopole), sowie der Lockerung der Kapitalbeteiligung von Ausländern im Inland. Als schockartig kann die zu Neujahr 1991 in Kraft getretene Deregulierung der Preise für etwa 85 Prozent aller Waren betrachtet werden, nachdem Teillockerungen im Laufe des Vorjahres erfolgt waren. Dieser radikale Schritt, den die Gruppe um den damaligen Finanzminister Vaclav Klaus gegen etliche "Gradualisten" durchsetzte, war deswegen umstritten, weil er angesichts der ererbten Güterknappheit einen schlagartigen Preisanstieg heraufbeschwören mußte. Es stellte sich die Frage, ob der unvermeidliche Inflationsschub sozial zu verkraften sein würde.

Der Vergleich mit Polen, wo aufgrund des Programms von Leszek Balcerowicz genau ein Jahr zuvor eine ähnlich schlagartige Freigabe der Preise erfolgte, ist aufschlußreich,¹⁰ In Polen war zur Zeit der Wende das Ungleichgewicht zwischen Güterknappheit und Kaufkraftüberhang (nicht zuletzt aufgrund des von der Soli-

⁹ Die entsprechenden Normen und deren praktische Anwendung werden implizit in den folgenden Ausführungen dieses Abschnitts berücksichtigt, ohne im einzelnen zitiert zu werden (ein umfassendes Bild liefert die tschechische Fachpresse (siehe u.a. die Tageszeitung für Wirtschaft "Hospodárské noviny" sowie die Wochenzeitschrift "Ekonom"). Die zum Vergleich herangezogenen Strategien Polens, Ungarns und der Slowakei werden nur skizzenhaft gegenübergestellt. Eine ausführliche Analyse dieser Strategien würde einen gesonderten Beitrag erfordern.

¹⁰ Zu dem Vergleich CSFR-Polen siehe: H. Süßmuth (Hg.), op.cit., insbes. die Beiträge von J. Kosta (zit. in Anm. 3) und von J. Szomburg; vgl. auch: D. Lösch, op. cit.

darnosc zuvor durchgesetzten Lohnanstiegs) unvergleichlich größer als in der Ex-CSSR, wo die Planbürokratie die privaten Einkommen sowie die Liquidität der Unternehmen auf niedrigem Niveau zu halten vermochte. Daher war die Operation für Prag und Bratislava weit weniger riskant als für Warschau und Danzig. Davon konnten auch später sowohl die CR als auch die SR profitieren (vgl. Teil III). Für beide Länder, für die CSFR und in weit krasserem Ausmaß für Polen zeitigte die umfassende Freigabe der Preise einen positiven Effekt: Die Regale der Läden füllten sich über Nacht, zugegebenermaßen zu nicht ohne weiteres erschwinglichen Preisen.

In Ungarn ist zwar die Mehrzahl der Preise nach 1989 nicht schlagartig dereguliert worden. Andererseits sind bereits im Laufe der 70er und 80er Jahre im Rahmen einer marktorientierten Reform etliche Preise freigegeben worden, andere zentral reglementierte Preise wurden zudem vielfach dem Niveau der Weltmarktpreise angeglichen. Auch auf anderen Gebieten ist die ungarische Wirtschaft noch vor der Wende partiell liberalisiert worden. So wurden Teilprivatisierungen des Einzelgewerbes, ja mitunter sogar der mittelständischen Wirtschaft, gefördert, es gab immer weniger zentrale Planaufgaben, das Bankensystem wurde gelockert und dem Zufluß von Auslandskapital sind die Wege geebnet worden. All das gewährte den Ungarn einen deutlichen Vorsprung auf dem Übergangspfad vom Plan zum Markt.¹¹

2. Die Dominanz der Privatwirtschaft als vorrangiges Ziel¹²

Neben der ehemaligen Sowjetunion, Rumänien und Albanien zählte die kommunistische Tschechoslowakei zu den Blockländern mit dem höchsten Sozialisierungsgrad. In der Industrie, dem Bankwesen, dem Außenhandel und weiteren großbetrieblich organisierten Dienstleistungsorganisationen dominierte das verstaatlichte "Nationalunternehmen" ("národní podnik"). Die neben den Staatsgütern vorherrschenden kolchoseartigen Agrargenossenschaften waren weder in bezug auf Produktionsentscheidungen unabhängig, da sie den staatlichen Planauflagen unterworfen waren, noch gab es hier eine der Kooperativform eigene Selbstverwaltung, da die "Wahlen" parteipolitisch manipuliert wurden. Sogenannte Kommunal bzw. Regionalbetriebe waren de facto ebenfalls dem Staatssektor zuzurechnen.

¹¹ Zu dem Vergleich mit Ungarn siehe ebenda; vgl. auch: J. Kosta, Die Transformation des Wirtschaftssystems in den CEFTA-Ländern, op.cit.

¹² Zur Förderung des privatwirtschaftlichen Sektors in der CSFR bzw. der CR, im besonderen zur Kuponprivatisierung siehe ausführlich: J. Kosta, Die Transformation des Wirtschaftssystems in der Tschechoslowakei, in: Marktwirtschaft als Aufgabe. Wirtschaft und Gesellschaft im Übergang vom Plan zum Markt, hrsg. von C. Herrmann Pillath, Stuttgart-Jena-New York 1994, S. 153-180. Vgl. auch: The Privatization Process in East-Central Europe. Evolutionary Process of Czech Privatizations, ed. by M. Mejstrik, Dordrecht - Boston - London, 1997

Unvergleichlich kleiner als das Privatgewerbe in Ungarn, die private Landwirtschaft in Polen, ja selbst als der schwache Privatsektor in der EX-DDR (Handwerk, Einzelhandel), gab es in der CSSR Einmann- bzw. Familienfirmen nur ganz vereinzelt. Dies erklärt die weit umfassendere und anspruchsvolle Aufgabe des Aufbaus eines dominierenden Privatsektors in der CSFR.

Bereits die Frage, wie in möglichst kurzer Zeit ein unter Konkurrenzbedingungen agierendes Kleingewerbe "aus dem Boden zu stampfen"¹¹ wäre, stand unmittelbar nach der Wende auf der Tagesordnung. Eine wichtige Voraussetzung wurde bereits im Frühjahr 1990 durch ein Gewerbesgesetz geschaffen, auf dessen Grundlage - wie in Teil H/1 angedeutet - eine Welle von kleingewerblichen Firmengründungen Platz griff. Ein komplizierteres Unterfangen bestand in der Umwandlung der staatlich-regionalen und -kommunalen sowie "genossenschaftlichen" Handwerks-, Handels- und übrigen kleingewerblichen Betriebe in Privatfirmen. Die Privatisierung des Kleingewerbes ist in Form von öffentlichen Versteigerungen in den Jahren 1991 und 1992 im wesentlichen abgeschlossen worden. Auf diese Weise sind in der CSFR knapp 32.000 Firmen, darunter etwa 22.500 in Tschechien, privatisiert worden. Um den Kapitalmangel zu überbrücken, sind längerfristige Kredite sowie mehrjährige Verpachtungen des Anlagevermögens gewährt worden. Zählt man die Restitutionsen an ehemalige Eigentümer resp. deren Erben hinzu, dann war zur Jahreswende 1992/93, also zur Zeit des Zerfalls der CSFR, etwa jeder fünfte Einwohner in beiden Teilrepubliken im Privatsektor beschäftigt.

In den traditionell hoch industrialisierten tschechischen Regionen Böhmens und Mährens¹³ sowie in der Slowakei mit der dort in den vier Jahrzehnten kommunistischer Herrschaft vorangetriebenen Stahl-, Rüstungs- sowie anderen Betrieben der Schwerindustrie erwies sich die bevorstehende "große" Privatisierung als besonders schwierig. Im Hinblick auf den Kapitalmangel im Inland boten sich - wie dies in umfangreicherem Ausmaß in Ungarn geschah - ausländische Direktinvestitionen an. Beispiele wie etwa das im April 1991 gegründete Joint Venture Skoda-Volkswagen und einige andere Gemeinschaftsunternehmen trugen in den Jahren 1990-1992 mit einem Kapitalzufluß von knapp 2 Mrd. US \$ zwar zur Milderung des Kapitalmangels und nicht zuletzt zur Verbesserung des technologischen und organisatorischen Niveaus in den entsprechenden Unternehmen bei:¹⁴ Angesichts

¹³ Böhmen und Mähren bildeten bis zum Zerfall der Habsburger Monarchie (1918) den industriellen Kern dieses Reichs. Die Tschechoslowakei der Zwischenkriegszeit (1918-1938) zählte immer noch weltweit zu den entwickeltsten Industrieländern.

¹⁴ Eine umfassende Untersuchung der ausländischen, insbesondere der deutschen Direktinvestitionen in Tschechien, enthält die Studie von J. Kosta u. Mitarb.: Deutsche Direktinvestitionen in der Tschechischen Republik, hrsg. von der Friedrich-Ebert-Stiftung, Praha 1993; aufschlußreich ist auch eine

der immensen Privatisierungsaufgaben, die eine umfassende Restrukturierung im bislang monopolartig organisierten mikroökonomischen Bereich auslösen sollten, bildeten jedoch die ausländischen Direktinvestitionen nicht mehr als "einen Tropfen auf den heißen Stein".

Angesichts des immensen Ausmaßes, des erheblichen Zeitdrucks und der anspruchsvollen institutionellen Absicherung der Privatisierung schien das von einer kleinen Expertengruppe um Klaus entwickelte Verfahren der "Kuponprivatisierung" besonders vorteilhaft zu sein. Erstens war zu erwarten, daß die allen erwachsenen Bürgern angebotenen Kupons, die zum Eintausch gegen Kapitalanteile von Unternehmen eigener Wahl berechtigten, den Konsens der Bevölkerung mit der "freigiebigen" Regierung festigen würden (die Kupons waren zu einer geringen Gebühr zu erwerben). Zweitens war nur auf diese Weise das Fehlen von Inlandskapital und das nur in geringem Maß zu erwartende Kapital aus dem Ausland in denkbar kurzer Zeit zu überbrücken. Und drittens würde das ausgeklügelte iterative Bewertungsverfahren angesichts der nichts aussagenden Buchwerte von "anno dazumal" zu einer marktgerechten Bewertung des Kapitals (resp. der entsprechenden Kapitalanteilscheine) führen.¹⁵ Opponenten der Kuponmethode wiesen auf deren Nachteile hin. So sei nicht zu erwarten, daß die neuen Kapitaleigner ein marktgerechtes Eigentümer- bzw. Unternehmerverhalten an den Tag legen würden. Als kurz nach Erlass des rechtlichen Rahmens für die Privatisierung im Jahre 1991 "private Investmentfonds" - vielfach initiiert von inländischen Banken, Kaum jedoch von ausländischen Investoren - wie Pilze aus dem Boden schössen und den verkaufswilligen Kuponinhabern ihre Anteilscheine abkauften, warnten wiederum Kritiker vor einer allzu großen Konzentration des Kapitals und der Eigentumsrechte: Auf dieses Problem, das später in neuen Formen auftauchte (vgl. Abschnitt M/3) wird noch hinzuweisen sein. Weniger deutlich wurde eine andere Schwierigkeit gesehen, die die positiven Wirkungen einer Kuponprivatisierung wenn nicht verhindern, so doch schmälern könnte, nämlich der zu Beginn der 90er Jahre noch nicht entwickelte Kapitalmarkt.

Nach der ersten Euphorie, die die Projektanden der Kuponmethode mit deren Ingangsetzung in den Jahren 1992 und 1993 verbanden, wurde auch ihnen einsichtig, daß die institutionellen, organisatorischen und personellen Bedingungen einer

aktuellere Studie des WZB Berlin zum größten Joint-Venture in Ostmitteleuropa, nämlich Skoda-VW (G. Dörr, T. Kessel, Transformation als Lernprozeß. Erfahrungen aus Joint Ventures in Tschechien und ein Beispiel für eine neue moderne Form der Produktionsorganisation, WZB-discussion paper FS II 96-602, Berlin 1996)

¹⁵ J. Kosta, Die Transformation des Wirtschaftssystems in der Tschechoslowakei, op.cit., S. 163-166.

Übertragung der Eigentumsrechte auf Private (Personen sowie Investmentgesellschaften) sehr viel mehr Mühe und Zeit in Anspruch nehmen, als vorausgesetzt worden war. Dies war einer der Gründe, warum die Kuponmethode nicht mehr als "Allheilmittel" der Privatisierung betrachtet und parallel zu diesem Verfahren auch die als "Standardmethoden" bezeichneten weltweit üblichen Privatisierungswege eingeschlagen wurden: Direktverkäufe an Ausländer und allmählich auch kapitalkräftigere Inländer (einschließlich Manager, führende Bankangestellte etc.), öffentliche Ausschreibungen, Verkauf von Aktien an der inzwischen installierten Börse etc. Daß dabei auch die bei den Kupons ausfallende Möglichkeit einer Kapitalaufstockung eine zusätzliche Rolle spielte, liegt auf der Hand.

Rein statistisch gesehen, scheint die in Tschechien bis 1996 erreichte Privatisierungsquote bemerkenswert hoch zu sein. Die geschätzten Anteile privaten Betriebsvermögens an dem Vermögen der gesamten tschechischen Volkswirtschaft wird in unterschiedlichen Quellen in Größenordnungen aufgeführt, die zwischen zwei Dritteln (knapp 70 Prozent) und vier Fünfteln (80 Prozent) liegen,¹⁶ Die Differenzen liegen neben unterschiedlichen Bewertungsansätzen nicht zuletzt darin, daß "entstaatlichte" Vermögensanteile, deren Eigentumsrechte häufig in Großunternehmen (noch) nicht von Privaten, sondern vom Nationalen Vermögensfonds (vgl. M/3) wahrgenommen werden, dem privatisierten Kapital zugerechnet werden. Es trifft wohl zu, daß die Privatisierungsquoten in Polen, Ungarn und in der Slowakei etwas niedriger liegen, jedoch dürften die veröffentlichten Zahlen auch hier ungenau sein. Daß der Anteil des Privatsektors in den drei Vergleichsländern Ende 1996 geringer war als in Tschechien, ist auf das etwas zögerlichere und konzeptionell unausgegorene Vorgehen nach der Wende von 1989 - in der Slowakei nach der Trennung von Tschechien Anfang 1993 - zurückzuführen. So dauerte es in Polen etwa zwei Jahre, ehe ein breit angelegter, mit Hilfe von 15 staatlich organisierten Investmentfonds initiiertes Privatisierungsprozeß in Gang kam.¹⁷ Bereits zuvor hat die Warschauer Führung im Unterschied zu Prag die Veräußerung von Vermögensanteilen an Betriebsangehörige gefördert. In Ungarn war von Anbeginn die Kapitalbeteiligung ausländischer Investoren vorrangig betrieben worden. Nicht unbedeutend war hier auch die Management-buy-out-Methode der Privatisierung.

¹⁶ Diese Zahlen sind sowohl in der Fachpresse der vier Länder, als auch in etlichen Berichten internationaler Institutionen genannt worden (u.a. Berichte der OECD und internationaler Banken).

¹⁷ Ende 1996 ist in Polen ein neuer Anlauf zu einer Art Massenprivatisierung eingeleitet worden. Da nach ist jedem erwachsenen Polen ein "Beteiligungszeugnis" für 20 Zloty zum Erwerb angeboten worden. Knapp 25,7 Millionen - 95 Prozent der Berechtigten - sollen bis November diesen Anteilschein gekauft haben, davon ist die Hälfte weiterverkauft worden. Im Februar 1997 wird mit dem Eintausch der Scheine gegen je 15 Aktien der 15 nationalen Investitionsfonds, die Eigentümer von entstaatlichten ("privatisierten") Großunternehmen sind, gerechnet (Prager Wirtschaftszeitung 29/1996, S. 10).

Ansonsten hat jedoch Budapest in den frühen 90er Jahren das Privatisierungstempo bei staatlichen Großkonzernen nicht wesentlich forciert. Die slowakische Führung verzichtete nach der Erlangung der Selbständigkeit auf die Kuponmethode, an deren Stelle u.a. Obligationen zum Verkauf angeboten wurden. Von Oppositionellen in Bratislava ist kritisiert worden, daß Vertretern des politischen Establishments der Erwerb von Kapitalanteilen "auf krummen Wegen" ermöglicht wurde.

Ungeachtet der Vorzüge der Kuponmethode, die in Tschechien eine auf andere Weise kaum vergleichbare Massenprivatisierung ermöglicht hätte, sind entgegen den euphorischen Vorstellungen der Reformer über die Kupons als "Allheilmittel", doch zunehmend auch andere Privatisierungsverfahren (Direktverkauf an In- und Ausländer, sei es als "Paket", sei es in Form einzelner Aktien, ferner Ausschreibungen und Auktionen etc.) angewandt worden. Bis Ende 1995 betrug der Anteil des mittels Kupons erworbenen Betriebskapitals am gesamten privatisierten Unternehmensvermögen Tschechiens nicht mehr als etwa 40,4 Prozent.¹⁸ Nachdem ab 1996 gleichzeitig mit der Auflösung des tschechischen Privatisierungsministeriums auch hier die Kuponmethode nicht mehr angewandt wird, ist mit einer weiteren Abnahme dieses 40-prozentigen Anteils zu rechnen.

Fortschritte des Privatisierungsprozesses in Tschechien belegen weitere statistische Daten.¹⁹ Es ist allerdings einzuräumen, daß die rein juristische Übertragung der Eigentumsrechte nur dann von Erfolg gekrönt ist, wenn privatwirtschaftliches Marktverhalten zur Effizienzsteigerung der Unternehmen beiträgt. Und gerade unter diesen mikroökonomischen Aspekten ist in Tschechien noch ein erheblicher Nachholbedarf vorhanden.

3. *Der Aufbau marktkonformer Institutionen*

Im Hinblick auf die rudimentär vorhandenen Gütermärkte und fehlenden Arbeits- sowie Kapitalmärkte galt es nach der Wende, die legislativen Rahmenbedingungen, die organisatorischen Vorkehrungen und nicht zuletzt das personelle Know-

¹⁸ Einer internen Studie von Buchtíková vom Forschungsinstitut der Tschechischen Nationalbank zufolge sind mittels Kupons Vermögenswerte von 348 Mrd. Kc privatisiert worden, das ist ein Anteil von rund 40,4 Prozent des gesamten privatisierten Unternehmensvermögens. Die übrigen Privatisierungsmethoden (öffentliche Ausschreibungen, Auktionen, Direktverkauf an in- und ausländische Investoren etc.) haben folglich mit knapp 60 Prozent ein größeres Gewicht eingenommen, als gemeinhin angenommen wird. (Buchtíková, Alena: Privatization in the Czech Republic, Center for Social & Economic Research, Warsaw, 1995/97)

¹⁹ Der Anteil der "registered units" in Händen von "private entrepreneurs" an der Gesamtzahl der "registrierten Einheiten" betrug im Juni 1996 in Tschechien 82,5 Prozent, in der Slowakei 80,1 Prozent und in Ungarn 72,5 Prozent (CESTAT-Statistical Bulletin 1996/2, Praha, Okt. 1996, S. 57, 60, 72. Die Daten für Polen sind in der Quelle nicht enthalten.)

how sicherzustellen, um marktkonforme Institutionen aufzubauen. Dabei ging es einmal um Organisationen, die in etablierten Marktwirtschaften staatlicherseits installiert sind (z.B. Finanz- und Arbeitsbehörden, Kartellämter etc.) oder mit indirekter Weichenstellung durch den Staat von Teilnehmern am Marktgeschehen initiiert werden (Verbände, Gewerkschaften, Banken usw.). Darüber hinaus galt es, in den Transformationsländern besondere Institutionen zu schaffen, die den Weg zur Privatwirtschaft ebnen sollten. So sind in den betroffenen Staaten Privatisierungsbehörden (ähnlich wie die Treuhand in Ostdeutschland) errichtet worden, die unterschiedliche Organisationsformen erfuhren. In der CSFR bzw. der CR und der SR oblag die Vorbereitung und Entscheidung der Privatisierung jeweils dem Privatisierungsministerium (das im Rahmen der "großen Privatisierung" entsprechende Vorlagen zur Letztentscheidung der Regierung vorzulegen hatte), während die finanzielle Abwicklung und Veräußerung, u.U. auch die Wahrung der (noch) nicht übertragenen Eigentumsrechte (oder deren Anteile) durch den jeweiligen Nationalen Vermögensfonds geregelt wurde. Nicht zu vernachlässigen sind die aufgrund von besonderen Gesetzesnormen gegründeten privaten Investmentfonds, denen die Kuponinhaber ihre Anteilsrechte übertragen konnten.²⁰

Allein diese exemplarische Aufzählung verschiedener Institutionen deutet darauf hin, welche immense organisatorische und personelle Anforderungen an die Reformstrategen auf diesem Gebiet gestellt wurden. Hier kann nur beispielhaft skizziert werden, welche Schwierigkeiten bei der Inangriffnahme dieser Aufgaben entstanden.

Eher als positive Ausnahme unter den Beispielen für die Errichtung marktkonformer Organisationen, wären die bereits 1990 nach deutschem Vorbild aufgebauten neuen Arbeitsämter zu nennen. Ihre aktive Beschäftigungspolitik trug dazu bei, daß die Arbeitslosenquote von Anbeginn bis zur Gegenwart auf sehr niedrigem Niveau gehalten werden konnte (vgl. Teil III). Daß jedoch die Installierung einer Behörde allein keine Gewähr für die erfolgreiche Erfüllung deren Aufgaben ist, zeigen die Steuerämter sowie andere Institutionen. Der fehlenden Finanzdisziplin konnten die mit der Steuereintreibung beauftragten Behörden ebenso wenig Paroli bieten wie die nur sehr saumselig agierenden Gerichte, die aufgrund des (zudem spät erlassenen) Konkursgesetzes die Bankrotte abwickeln sollten.²¹

Die häufig eher schlecht als recht funktionierenden Institutionen betreffen jedoch nicht nur die staatlichen Behörden. Ein besonders unrühmliches Kapitel haben in jüngster Vergangenheit private Banken geliefert. In den letzten zwei Jahren hat

²⁰ Vgl. Abschnitt III/2.

²¹ Dies ist zur Genüge in der Fachpresse (vgl. Anm. 9) thematisiert worden.

eine Insolvenzwelle 11 kleinere Privatbanken erfaßt, die knapp 5 Prozent der Bilanzsumme aller knapp 60 Banken repräsentieren.²²

Ein anderes unter tschechischen Ökonomen häufig kritisiertes Problem besteht in der wechselseitigen Verfilzung von Banken, Investmentfonds und Unternehmen, die ökonomisch ungerechtfertigten Kreditvergaben, Quasi-Subventionen und monopolartigem Verhalten Tür und Tor öffnet.

Den Problemen, die nicht nur die Langwierigkeit der Errichtung marktkonformer Institutionen, sondern darüber hinaus ihre Funktionsdefekte aufzeigen, ist eines gemein: Die Schwachstelle liegt im mangelnden fachlichen Know-how und nicht zuletzt in Verhaltensweisen, die rechtsstaatlichen und ethischen Normen zuwiderlaufen. Diese Schwierigkeiten zählen zu den am schwersten wiegenden Erblasten des vergangenen Wirtschafts- und Gesellschaftssystems.

Auf diesem Gebiet einen Vergleich zur Situation in den drei übrigen ostmitteleuropäischen Ländern anzustellen, entzieht sich der Kompetenz des Autors, der sich im Falle Tschechiens sowohl auf die vielfältigen Berichte der dortigen Medien, auf intensive Kontakte im Lande selbst und die Teilnahme an den hier geführten Diskursen stützen kann. Vieles spricht allerdings dafür, daß die den institutionellen Rahmen betreffenden Probleme in Polen, Ungarn und in der Slowakei ähnlich gelagert sind.

4. Die den Transformationsprozeß flankierende Wirtschaftspolitik

Nach den systemverändernden ("ordnungspolitischen") Schritten (Punkt 1, 2, 3) werden im weiteren diejenigen ("prozeßpolitischen"¹¹) Maßnahmen dargestellt, die den Systemwandel stützen sollen. Es geht dabei insbesondere um Stabilitätspolitik, die makroökonomischen Ungleichgewichten entgegenzuwirken hat. Ferner ist die den politischen Konsens beeinflussende Sozial- und Beschäftigungspolitik zu erörtern. Und schließlich wird auf einige mit der Transformation zusammenhängende Aspekte der Strukturpolitik einzugehen sein.²³

Das Primat der Stabilitätspolitik resultierte aus dem immensen Inflationsdruck, der durch die Preisliberalisierung bei der ererbten Güterknappheit entstand. Dieses Phänomen war allen Ländern gemeinsam. In Polen war der monetäre Überhang besonders krass, in Ungarn war er etwas geringer. Die Startbedingungen waren in

²² Dazu vgl. die kritische Analyse zum Bankenwesen der Tschechischen Nationalbank vom Herbst 1996 (Bankovní sektor v období ekonomické transformace, CNB, 26.9.1996).

²³ J. Kosta, Die Transformation des Wirtschaftssystems in der Tschechoslowakei, op.cit., S. 167-171; ders.: Die Transformation des Wirtschaftssystems in den CEFTA-Ländern, op.cit, im Druck

dieser Hinsicht in der CSFR günstiger, da die zentralen Planer sowohl die persönlichen Einkommen als auch die Liquidität in den Betrieben extrem niedrig gehalten hatten. Dennoch waren auch hier Versorgungslücken und Engpässe gang und gäbe. Um die nach der Preisfreigabe drohende Inflation in der Tschechoslowakei einzudämmen, wurde eine restriktive Fiskal- und Geldpolitik bei einem gleichzeitig empfindlichen Rückfall der Reallöhne und einer vorangehenden radikalen Abwertung durchgeführt.

Die vierfache Stoßrichtung der Stabilitätspolitik - das Bemühen um einen sparsamen Staatshaushalt sowie um eine strikte Kontrolle der Geldmenge ("teures" Geld), die Inkaufnahme rückläufiger Realeinkommen und die Abwertung der Krone - ist durchgehalten worden. Noch auf dem Boden der CSFR überschritten 1992 die Ausgaben des tschechischen Landesteils nur ganz geringfügig dessen Einnahmen, während der Budgetsaldo 1993 bereits leicht überschüssig war. Nach der Spaltung war der Staatshaushalt Tschechiens ausgeglichen (1993) oder leicht überschüssig (1994, 1995, 1996). In den drei Vergleichsländern wurden 1993 bis 1995 Budgetdefizite ausgewiesen, darunter in Ungarn 1993 ein relativ hohes Passivsaldo. Auch auf den Gebieten der Geld- und der Einkommenspolitik sind die restriktiven Maßnahmen in Tschechien besonders in den ersten Jahren eingehalten worden, ähnlich wie in der Slowakei. Ungarn hat gerade zu Beginn der Transformation eine weniger straffe Geld- und Lohnpolitik betrieben, während Polen eine Zwischenposition einnahm.

Als geradezu schockartig kann die drastische Abwertung der tschechoslowakischen Krone und des polnischen Zloty zur Zeit der Wende betrachtet werden. In diesen zunächst zwei und nach 1993 einschließlich der Slowakei drei Ländern hat sich diese Wechselkurspolitik als exportfördernd erwiesen und dadurch auch das außenwirtschaftliche Gleichgewicht begünstigt. Die nicht so drastische Abwertungspolitik Ungarns hat hingegen weniger stabilitätsfordernd gewirkt. Es ist bereits darauf hingewiesen worden, daß zwischen den transformationsrelevanten Beschlüssen der CSFR und den realisierten Maßnahmen einerseits sowie der rhetorischen Selbstdarstellung der federführenden Wirtschaftspolitiker - allen voran Vaclav Klaus - andererseits eine Diskrepanz besteht, die auch nach 1993 auf dem Boden der Tschechischen Republik fort dauert. Dies kommt besonders deutlich auf den Gebieten der Sozial-, der Beschäftigungs- und der Strukturpolitik zum Ausdruck. Bereits im Reformszenario von 1990 ist die Dringlichkeit des Ausbaus "sozialer Rettungsnetze"¹¹, der Imperativ einer "aktiven Beschäftigungspolitik"¹¹ sowie eine Reihe strukturpolitischer Anliegen - so etwa im Bereich der Agrarpolitik,

des Umweltschutzes, der Technologieförderung u.a.m. - herausgestellt worden. In den Folgejahren sind in dieser Richtung Schritte eingeschlagen worden, die hier nur stichwortartig angedeutet werden können:

- auf sozialpolitischem Gebiet wurden Einkommenshärten abgemildert (Sozialhilfen, Wohngeld, ein nur allmählicher Abbau von Subventionen für Mieten, Verkehrstarife, Strom u.a.m.);
- auf beschäftigungspolitischem Gebiet wird der Berufswechsel gefördert (Umschulung, Berufsberatung, Arbeitsvermittlung, Förderung des Privatgewerbes etc.);
- auf dem Gebiet des Umweltschutzes sind öffentliche Finanzierungshilfen, strengere Auflagen, internationale Beihilfen u.a.m. erwähnenswert;
- schließlich ist auf staatliche und internationale Beihilfen zur Förderung von Technologie, Ausbildung, Forschung und Entwicklung etc. hinzuweisen.

Fassen wir die Transformationsstrategien der vier ostmitteleuropäischen Länder zusammen:

- Auf dem Gebiet der Liberalisierung und Deregulierung sind Polen sowie die Tschechoslowakei und deren beide Nachfolgestaaten weiter vorangeschritten als Ungarn;
- zieht man den extrem hohen Sozialisierungsgrad der tschechischen Wirtschaft in Betracht, dann ist der Privatisierungsprozeß in Tschechien am weitesten vorangekommen; dies bedeutet jedoch nicht automatisch, daß der damit intendierte Verlauf der Restrukturierung hier erfolgreicher war als in den drei Vergleichsländern;
- in allen hier betrachteten Transformationsländern war der Aufbau marktkonformer Institutionen vor allem angesichts der personellen Engpässe mühseliger als erwartet und kann immer noch nicht als zufriedenstellend betrachtet werden;
- die stabilitätsorientierten wirtschaftspolitischen Maßnahmen scheinen bislang in Tschechien, in der Slowakei und in Polen erfolgreicher durchgeführt worden zu sein als in Ungarn.

Die vergleichende Einzeldarstellung der Transformationsstrategien in Ostmitteleuropa deutet darauf hin, daß die Tschechische Republik einen marktliberalen Kurs eingeschlagen hat. Die durch sozialpolitische und andere marktkonforme Eingriffe gekennzeichnete Transformation Tschechiens zielte auf eine Wirtschaftsordnung hin, die einer Marktwirtschaft westeuropäischen Zuschnitts ähnelt. Inwieweit die bisher erzielten ökonomischen Ergebnisse dieses Kurses erfolgreich gewesen

sind, soll anhand einer makroökonomischen Datenanalyse wiederum ländervergleichend untersucht werden. Dabei werden die bewertenden Aussagen mit der gebotenen Vorsicht zu interpretieren sein, da über die jeweilige Strategie hinaus weitere länderspezifische Faktoren zu berücksichtigen sein werden, welche die Entwicklungsergebnisse mitbestimmen haben.

III. Die erzielten Entwicklungsergebnisse im Vergleich

Der nachfolgende Ergebnistest stützt sich auf makroökonomische Vergleichsdaten, die die Entwicklung der vier ostmitteleuropäischen Länder von 1991 bis 1996 nachzeichnen. 1991 kann im Hinblick auf die 1990 eingeleiteten Maßnahmen als relevantes Startjahr gewählt werden. Die bis Mitte 1996 vorliegenden Zahlen ermöglichen es somit, eine hinreichend lange Testperiode (5 1/2 Jahre) zur Verfügung zu haben, um die Ergebnisse auszuwerten. Als Indikatoren werden die Eckwerte des in Marktwirtschaften envisierten "magischen Vierecks" untersucht: das Wirtschaftswachstum, der Beschäftigungsgrad, die Preisstabilität und das Außenwirtschaftsgleichgewicht. Ergänzt wird das aus diesen vier makroökonomischen Größen resultierende Bild durch die Entwicklung der Reallöhne, die auf die Entwicklung des Lebensstandards hindeuten.

Die Aussagen sollen sich nicht auf die makroökonomischen Aspekte allein beschränken. Gerade, weil über die Entwicklungsergebnisse Tschechiens insbesondere auf mikroökonomischem Gebiet - etwa die Frage der strukturellen Anpassungsfähigkeit der Unternehmen, deren Produktivitätsentwicklung, der Qualität des Managements etc. - unter tschechischen Ökonomen kontrovers diskutiert wird, sollen einige mikroökonomische Probleme im Kontext der vorliegenden und einiger ergänzender Daten mit angesprochen werden.²⁴

²⁴ Einige mikroökonomische Aspekte, die mit den ordnungspolitischen Maßnahmen eng zusammenhängen (vgl. die Probleme der Privatisierung und ganz besonders der Institutionen - etwa der Banken) sind bereits in den vorangehenden Abschnitten angesprochen worden. Auch hier wird - ähnlich wie in Teil II - die Kommentierung der Situation Tschechiens im Vordergrund der Aussagen stehen (vgl. Anm. 9).

1. Wirtschaftswachstum

Tabelle 1:

Jährliches Wachstum des Bruttoinlandsprodukts (in Prozent)

| | 1991 | 1992 | 1993 | 1994 | 1995 | 1996* |
|------------|-------|------|------|------|------|-------|
| Tschechien | -14,2 | -6,4 | -0,9 | +2,6 | +4,8 | +4,1 |
| Slowakei | -14,5 | -6,5 | -3,7 | +4,9 | +7,4 | +6,5 |
| Polen | -8,0 | +2,6 | +3,8 | +5,2 | +7,0 | +6,0 |
| Ungarn | -7,5 | -3,1 | -0,6 | +2,9 | +1,5 | +0,5 |

*) Schätzung CSÚ Prag auf der Basis des UNO - Projekts LINK (Jan.1997)

Quelle: CESTAT (Statist. Bulletins der vier Länder)

Die Schrumpfung des BIP, die in allen vier Ländern bereits 1990 gegenüber 1989 eingesetzt hatte²⁵, in Polen jedoch bereits 1992 und in den übrigen drei Ländern erst 1994 in einen Aufschwung übergang, war durch den Systemwechsel bedingt. Die Hypertrophie der Schwer- und Rüstungsindustrie sowie das vielfache Vorbeiproduzieren am Bedarf waren ein Grund, der zur Stilllegung umfangreicher Produktionsprogramme führte. Hinzu kam der Zusammenbruch der Ostmärkte. Insbesondere die Sowjetunion und die sie ablösenden GUS-Staaten stornierten angesichts ihrer Zahlungsschwierigkeiten umfassende langfristige Aufträge in den Partnerstaaten. Die CSSR/CSFR war darüber hinaus durch weitere Ausfälle v.a. ihrer Investitionsgüterlieferungen nach Jugoslawien und in Dritte-Welt-Länder empfindlich betroffen. Durch die sich 1992 abzeichnende und 1993 vollzogene Spaltung der Tschechoslowakei schrumpfte zudem vor und in den Anfangsjahren nach der Trennung der tschechisch-slowakische Warenaustausch, ein zusätzlicher Umstand, der Wachstumspotentiale in beiden Nachfolgestaaten 1994 einengte.

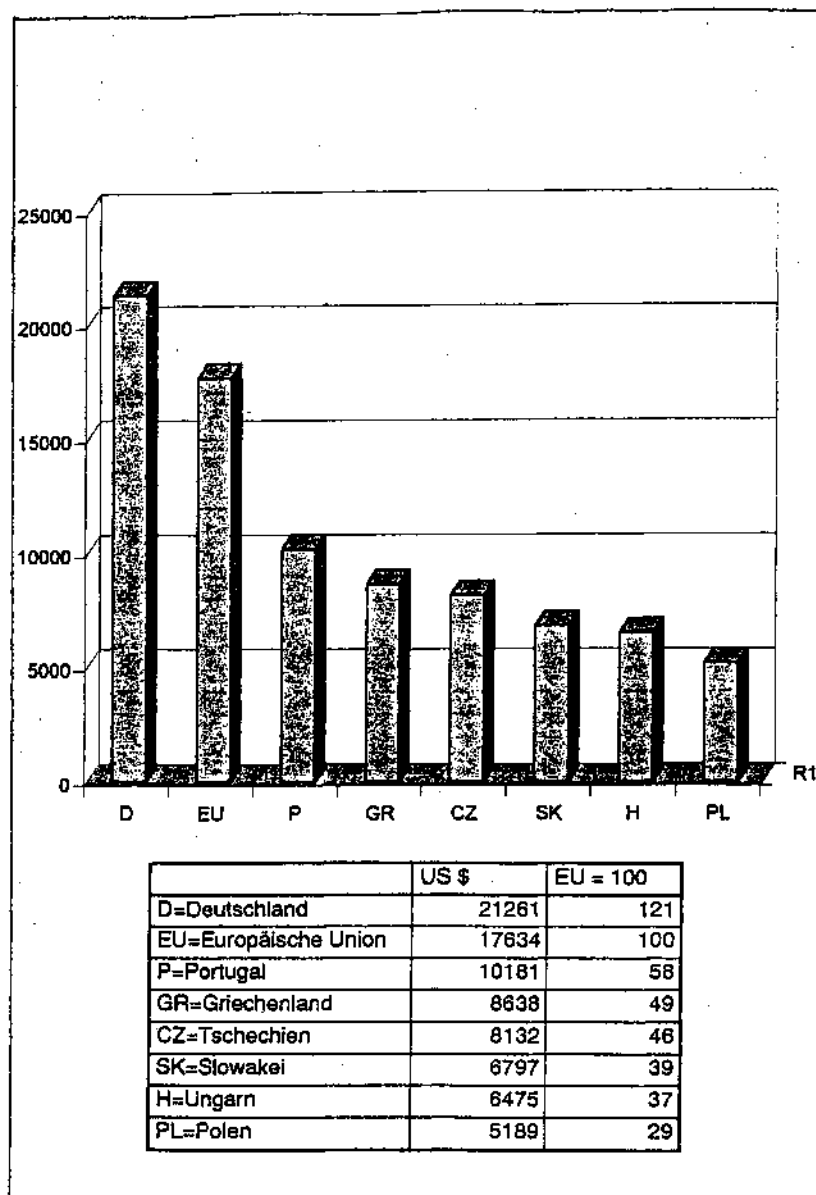
Wirtschaftswachstum wird gegenwärtig in allen vier Ländern als erstes Imperativ betrachtet. Die ungedeckten Bedarfswelder im Bereich des privaten Konsums, der Infrastruktur sowie des sozialen Transfers sind immens, erfordern allerdings eine strukturelle Anpassung der Produktion sowie des Tertiärbereichs. Dem wirkt jedoch das ererbte Anlagevermögen sowie die im Befehlssystem verkümmerte marktorientierte Qualifikation entgegen.

²⁵ Die In diesem Abschnitt sowohl in den Tabellen als auch Im Text verwendeten Daten entstammen den Vierteljahresbulletinen, die von den statistischen Ämtern der vier Länder gemeinsam herausgegeben werden.

Die vorliegenden Wachstumsraten des BIP belegen, daß alle vier Länder in der Rangfolge Polen, Slowakei, Tschechien mit ca. 5 Prozent jährlichem Wachstum und mit einigem Abstand Ungarn den Aufholprozeß gegenüber den entwickelten Industrieländern aufgenommen haben. Sollte dieses Tempo in den bevorstehenden 10 bis 15 Jahren in Ostmitteleuropa beibehalten werden, dann würde zwar der gegenwärtige Rückstand der Leistungsfähigkeit der hier betrachteten Länder gegenüber der EU nach dem Jahr 2000 reduziert, jedoch bei weitem noch nicht aufgeholt werden. Dies ergibt eine von Wiener Experten vorgenommene Modellrechnung, die davon ausgeht, daß 1994 das BIP je Einwohner in Tschechien 54, in der Slowakei 61, in Ungarn 63 und in Polen sogar 71 Punkte unter demjenigen der 15 EU-Länder lag (vgl. Abb. 1). Eine weitere Modellrechnung des Wiener Instituts, geht unter anderen Annahmen von einem 2-prozentigen jährlichen Wachstum der heutigen EU und einem von 5 Prozent der ostmitteleuropäischen Staaten aus und kommt zu dem möglicherweise etwas allzu optimistischen Ergebnis, daß Tschechien im Jahre 2010 immerhin bei 81 Prozent des EU-Niveaus liegen und damit allerdings die gegenwärtigen EU-Nachzügler Portugal und Griechenland deutlich überholen könnte. Die Slowakei dürfte den Wiener Experten zufolge dann mit 41, Ungarn mit 36 und Polen immer noch mit 30 Punkten hinter dem Durchschnittsniveau der EU hinterherhinken²⁶.

²⁶ Die Daten verdanke Ich Herrn Havllk vom Wiener Institut für internationale Wirtschaftsvergleiche.

Abbildung 1:
Bruttoinlandsprodukt (BIP) je Einwohner (1994)



Quelle:WIIW (Wien)

Die für die Tschechische Republik relativ günstige Prognose setzt offensichtlich voraus, daß die vielseitig kritisierte allzu langsame Strukturanpassung und die immer noch unbefriedigende Produktivitätsentwicklung der tschechischen Wirtschaft einem radikalen Wandel unterworfen werden müßte. Einiges spricht dafür, daß seit 1995 die ersten Signale einer Besserung bemerkbar sind. In einer neueren Studie einer deutschen Forschungsgruppe heißt es, daß die Arbeitsproduktivität in der

tschechischen Industrie 1995 gegenüber dem Vorjahr um 9,2 Prozent gestiegen ist. Derselben Quelle zufolge zeugen zweistellige Wachstumsraten der optischen, Fahrzeug- und Gummiindustrie bei einem Rückgang der Energie- und Bergbauproduktion von deutlichen Strukturänderungen. Das gelte auch für die immense Expansion des Kleingewerbes. Ähnlich positiv äußert sich auch in einer internen Studie das Tschechische Statistische Amt, das dem Baugewerbe 1995 einen Produktivitätsanstieg von 8,9 Prozent und der Landwirtschaft von 6-7 Prozent bescheinigt.²⁷

Kritisch zur mikroökonomischen Effizienz äußern sich in der Fachpresse häufig andere Experten. Sie begründen ihre Thesen mit der angeblichen schleichenden Subventionierung von Großbetrieben durch die Staatsbanken und die mit ihnen eng verflochtenen Investmentfonds, mit geringen Bankrotten sowie den saumseligen, ja mitunter sogar der fortdauernden zwischenbetrieblichen Verschuldung (vgl. N/3). Letzten Endes wird die Anpassungsfähigkeit der Produktions- und Dienstleistungsbetriebe an die Konsumenten- sowie Unternehmensnachfrage über die Wachstumsperspektiven der CR in den bevorstehenden Jahren entscheiden. Um darüber ein vollständigeres Bild zu gewinnen, sollen insbesondere die Ausfuhrdaten herangezogen werden (vgl. Tab. 6 sowie die entsprechende Kommentierung).

2. Beschäftigung

Tabelle 2:

Arbeitslosenquote (Jahresende, in Prozent)

| | 1991 | 1992 | 1993 | 1994 | 1995 | 1996 |
|------------|------|------|------|------|------|------|
| Tschechien | 4,1 | 2,6 | 3,5 | 3,2 | 2,9 | 3,5 |
| Slowakei | 11,8 | 10,4 | 14,4 | 14,8 | 13,1 | 12,8 |
| Polen | 11,8 | 13,6 | 15,7 | 16,0 | 14,9 | 13,6 |
| Ungarn | 8,5 | 12,3 | 12,1 | 10,9 | 10,9 | 11,0 |

Quelle: siehe Tab. 1

Die in der Tabelle aufgeführten Arbeitslosenquoten zeigen einen gravierenden Unterschied zwischen den extrem niedrigen Werten Tschechiens einerseits und jenen der drei übrigen Vergleichsländern andererseits, unter denen Ungarn ein

²⁷ M. Jennewein, K. Larischova, Czech Republic, in: Central and Eastern Europe on the Way into the European Union, Bertelsmann 1996; Analýza makroekonomického vývoje Česke republiky v r. 1995 a prognóza na léta 1996, CSU, Praha 1996.

wenig besser abschneidet als die Slowakei und Polen. Niemand kann bestreiten, daß die um 3 Prozent schwankende Erwerbslosenquote Tschechiens - vergleichbar im Westen allein mit Luxemburg - ein sozial außerordentlich günstiges Phänomen darstellt. Der Erfolg kann nicht monokausal erklärt werden. Die geringe Arbeitslosigkeit ist auf die folgenden Faktoren zurückzuführen:

- Die Mobilität und Flexibilität der Arbeitskräfte war ungewöhnlich hoch. Die oben erwähnte aktive Beschäftigungspolitik sowie das von Generation zu Generation überlieferte hohe und vielseitige allgemeine Bildungs- und das fachspezifische Qualifikationsniveau haben zu diesem Vorzug das Ihrige beigetragen.
- Der rapide in Gang gekommene Privatisierungsprozeß im klein- und mittelständischen Bereich hat - die erwähnte Anpassungsfähigkeit der Erwerbstätigen vorausgesetzt - zum zügigen Wechsel der Arbeitsplätze nach Wirtschaftsbereichen und -zweigen geführt: So stieg der Anteil der im Dienstleistungssektor Beschäftigten von 42,8 Prozent im Jahre 1990 auf 52 Prozent im Jahre 1995. Ähnlich wie im entwickelten Westeuropa sind in Tschechien in der Landwirtschaft 1996 nur mehr rund 6 Prozent tätig, während es zur Zeit der Wende (Ende 1989) noch etwa 12 Prozent waren. Der Strukturwandel innerhalb der Industrie, dessen erste positive Signale um 1995 - wie erwähnt - bemerkbar waren, vollzieht sich allerdings langsamer als in Richtung Dienstleistungen.
- Zur Entlastung des Arbeitsmarktes hat auch das zumindest "statistische" Ausscheiden aus dem Erwerbsleben beigetragen: An die Hunderttausende sind entweder tatsächlich nicht mehr berufstätig (z.B. Frauen, Rentner), oder sie arbeiten in der Schattenwirtschaft (z.T. als Zeitbeschäftigte).
- Arbeitslosenunterstützung bzw. Sozialhilfe werden strikt bzw. unter ungünstigen Auflagen gewährt (60 Prozent des letzten Lohns wird als Hilfe nur 3 Monate ausgezahlt, danach in 3 Folgemonaten bei weiterer 50-prozentiger Kürzung; Arbeitsangebote können nicht ohne weiteres abgelehnt werden).
- Vor allem in staatlichen Großbetrieben existiert da und dort immer noch die im früheren System altbekannte Überbesetzung der Arbeitsplätze.

Es übersteigt die Kompetenz des Autors, zu jedem dieser Punkte Vergleiche mit der Situation in den drei übrigen Ländern anzustellen. Daß es aber dort angesichts der notwendigen Effizienzsteigerung und dem unvermeidlichen Strukturwandel noch vielfältiger Anstrengungen bedarf, um zumindest einstellige Arbeitslosenquoten zu erzielen, dürfte außer Zweifel stehen.

3. Das Bemühen um Preisstabilität

Tabelle 3:

Jährlicher Anstieg der Verbraucherpreise (in Prozent)

| | 1991 | 1992 | 1993 | 1994 | 1995 | 1996 |
|------------|------|------|------|------|------|------|
| Tschechien | 56,5 | 11,1 | 20,8 | 10,0 | 9,1 | 8,7 |
| Slowakei | 61,2 | 10,0 | 23,2 | 13,4 | 9,9 | 6,2 |
| Polen | 70,3 | 43,0 | 35,3 | 32,2 | 27,8 | 20,2 |
| Ungarn | 35,0 | 23,0 | 22,5 | 18,8 | 28,8 | 22,9 |

Quelle: siehe Tab. 1

In Tabelle 3 sind die Inflationsraten, gemessen am Index der Verbraucherpreise, aufgeführt. Auf den ersten Blick ist ersichtlich, daß Tschechien und die Slowakei ungeachtet hoher Preissteigerungen im Jahre 1991 - eine Folge der abrupten Preisfreigabe zu Beginn des Jahres - mit nur einstelligen Indices in den beiden letzten Jahren dem Inflationsdruck besser standgehalten haben als Ungarn und Polen. Im letzteren Fall ist daran zu erinnern, daß die polnische Wirtschaft zuvor jahrelang unter einem enormen Geldüberhang gestanden hatte, und daß dadurch auch der anfängliche Preisanstieg von 70,3 Prozent im Jahre 1991 (Tab. 3), dem n.b. 1989 eine Inflationsrate von knapp 260 und 1990 von 549 Punkten vorangegangen war (!), höher lag als in beiden Vergleichsländern. Andererseits hat die 1995 und 1996 in Polen konsequenter als in Ungarn praktizierte restriktive Wirtschaftspolitik das Bild zugunsten des ersteren Landes verändert. Die Erfolge der Tschechischen und der Slowakischen Republik hinsichtlich der Inflationsbekämpfung schaffen relativ günstige Voraussetzungen für einen kontinuierlichen Aufschwung. Allerdings müßte der rückläufige Trend des Preisanstiegs anhalten, um an die gegenwärtig erheblich niedrigeren Preissteigerungen der EU-Länder halbwegs heranzukommen. Dies wird zumindest in einer Frist von zwei bis drei Jahren in Tschechien nicht möglich sein, da weitere gewichtige Deregulierungsschritte (Mieten, Energiepreise u.a.m.) bevorstehen.

Von besonderer Bedeutung sowohl unter Stabilitätsaspekten als auch im Hinblick auf die soziale Lage des Großteils der Bevölkerung, der Arbeitnehmer, ist die Wechselwirkung zwischen der Entwicklung der Verbraucherpreise und der Löhne (einschließlich Gehälter). Das Stabilitätsziel verlangt nach moderaten Löhnen (in

Nominalwerten), das Bemühen um sozialen Konsens ein zufriedenstellendes Niveau der Reallöhne (d.h. der "preisbereinigten"¹¹ Nominallohne). Die folgende Tabelle ist in diesem Kontext aufschlußreich.

Tabelle 4:
Jährliche Veränderung der Reallöhne (in Prozent)

| | 1991 | 1992 | 1993 | 1994 | 1995 | 1996* |
|------------|-------|------|------|------|-------|-------|
| Tschechien | -24,5 | +9,7 | +3,5 | +7,7 | +8,6 | +9,8 |
| Slowakei | -26,7 | +7,0 | -4,3 | +3,0 | +4,4 | +5,8 |
| Polen | +0,2 | -2,7 | +2,7 | +2,5 | +3,9 | +4,9 |
| Ungarn | -8,0 | -2,0 | -3,8 | +7,0 | -12,2 | -7,2 |

*) 1. Halbjahr
Quelle: siehe Tab. 1

Von besonderer Bedeutung ist der drastische Rückfall der Reallöhne in beiden Teilrepubliken der CSFR im Jahre 1991. Damit ist in diesem Land ein besonders günstiger Ausgangspunkt in Richtung Inflationsbekämpfung geschaffen worden. Gleichzeitig nahmen die Arbeiter und Angestellten die Verschlechterung der sozialen Lage hin, ohne auf eine besondere Weise Unmut zu bekunden. Der mit der sanften Revolution einhergehende und vor allem in Tschechien (nicht so sehr in der Slowakei) in den frühen 90er Jahren fortdauernde Konsens zwischen Führung und Bevölkerung, der sich auf das Bewußtsein um die Überwindung eines inkompetenten Regimes stützte, war stark genug, um die zeitweiligen Einkommensverluste in Kauf zu nehmen. Der tatsächlich nur vorübergehende Rückfall des Lebensstandards der Arbeiter und Rentner, dem übrigens eine zahlenmäßig zunehmende Schicht von wohlhabenden Unternehmern verschiedenster "Couleur" entgegenstand, ist in Tschechien seit 1994 von einem deutlichen Anstieg der Reallöhne, in der Slowakei von deren mäßigem Wachstum, abgelöst worden.

Die Entwicklung der Reallöhne in Polen deutet von 1991-1992 auf eine Stagnation hin. Der Lohnanstieg in den Folgejahren war nur mäßig. Im Falle Ungarns ist mit Ausnahme des Jahres 1994 ein stetiger Rückgang der Reallöhne zu verzeichnen. Die polnischen sowie die ungarischen Daten zur Lohnentwicklung (Tab. 4) und zur Arbeitslosigkeit (Tab. 2) legen den Schluß nahe, daß zwischen den ungünstigen Resultaten und der bekundeten Unzufriedenheit ein ursächlicher Zusammenhang besteht. Mit der gebotenen Vorsicht mag bisher der Umkehrschluß für die Tschechische und die Slowakische Republik gegolten haben, obwohl in diesen Fällen die

günstigeren sozial relevanten Daten nicht der einzige Grund gewesen sein müßten, der - besonders in der Slowakei - auf einen stärkeren Konsens mit der tschechischen resp. der slowakischen politischen Führung hingedeutet hat als dies in Polen und Ungarn der Fall war²⁸.

4. Das Problem des außenwirtschaftlichen Gleichgewichts

Die Außenwirtschaft der drei und später vier ostmitteleuropäischen Länder stand nach der Wende vor besonders schwierigen Aufgaben. Auf den Zusammenbruch der ehemals sowjetischen Absatzmärkte ist bereits hingewiesen worden. Hinzu kam die transformationsbedingte Rezession in den hier betrachteten Ländern, deren frühere im RGW verankerte wechselseitige Wirtschaftsbeziehungen zu einem erheblichen Teil nicht mehr realisiert werden konnten. Zwei weitere Fakten belasteten die CSFR und die beiden Nachfolgestaaten: einmal die Reduktion von Anlage- und Rüstungsexporten in Entwicklungsländer (z.T. weil Rückzahlungen von Krediten ausfielen), zum anderen die Umwandlung von tschechisch-slowakischen binnenstaatlichen in außenwirtschaftliche Lieferbeziehungen nach der Spaltung.

Für die vier Länder - insbesondere aber für die kleineren wie die Slowakei, Tschechien und Ungarn - galt es unter den gegebenen Bedingungen, die erforderlichen Ein- und Ausfuhrströme regional auf die Märkte auszurichten, mit denen die für die Binnenwirtschaft unumgänglichen Warenimporte und Warenexporte sichergestellt werden konnten. Das hieß gleichzeitig, die Struktur der einzuführenden und vor allem der auszuführenden Güter (und Dienstleistungen) den neuen Beschaffungs- und Absatzmärkten anzupassen. Die Herstellung einer möglichst ausgeglichenen Leistungsbilanz (d.h. Handels- und Dienstleistungsbilanz) setzte hohe Anforderungen an eine Neuanpassung der Export- und Importstruktur in regionaler sowie warenmäßiger Hinsicht voraus.

Der folgende Ländervergleich der Entwicklung der Leistungsbilanz mag ein grobes Bild über die erzielten Resultate in bezug auf das außenwirtschaftliche Gleichgewicht liefern. Ergänzend werden in der Folge Daten zu den außenwirtschaftlichen Strukturveränderungen Tschechiens erörtert.

²⁸ Die neuesten Anzeichen sozialer Auseinandersetzungen Anfang 1997 (Lehrer, Eisenbahner, Ärzte) deuten auch in Tschechien darauf hin, daß Zielkonflikte zwischen Geldwertstabilität und Einkommensniveau nicht zu vermeiden sein werden.

Tabelle 5:Leistungsbilanz (in Mrd. US \$)

| | 1991 | 1992 | 1993 | 1994 | 1995 | 1996 |
|---------------|-------------------|-------------------|-------------|-------------|-------------|-------------------------|
| Tschechien | +0,4 ¹ | +0,2 ¹ | +0,6 | +0,05 | -1,4 | -4,1 ² |
| Slowakei | | | -0,6 | +0,7 | +0,6 | -1,4 ³ |
| Polen | -1,4 | -0,3 | -2,3 | -0,9 | -2,3 | -1,0 ³ |
| <u>Ungarn</u> | <u>+0,3</u> | <u>+0,3</u> | <u>-3,5</u> | <u>-3,9</u> | <u>-2,5</u> | <u>-1,2³</u> |

1) CSFR

2) Schätzung Jahresende 1996

3) Schätzung 30.11.96

Quelle: siehe Tab. 1

Wie die in Tabelle 5 ausgewiesenen Daten belegen, war die Leistungsbilanz der CSFR 1991 und 1992 ausgeglichen, ebenso wie 1993 und 1994 die der beiden Nachfolgestaaten, und jene der Slowakei zusätzlich noch 1995. Ab 1995 und 1996 ist die Leistungsbilanz Tschechiens defizitär mit extrem steigender Tendenz. Auch die Slowakei hat nach einem geringeren Passivsaldo im 1. Halbjahr 1996 vermutlich das Defizit Ende 1996 nicht ausgleichen können. Die polnische Leistungsbilanz hat von 1991 bis 1995 alljährlich ein Passivum ausgewiesen, das jedoch keine nennenswerte Höhe erreicht hat. Ungarns Leistungsbilanz war ab 1993 permanent defizitär, allerdings mit sinkender Tendenz.

Obwohl alle Vergleichsländer ihre Außenhandelsströme von Ost nach West erheblich umorientieren mußten und diese Umlenkung bisher im großen und ganzen erfolgreich bewältigt haben, werden die Möglichkeiten einer weiteren Expansion des Westhandels an Grenzen stoßen. Unausgeschöpfte Potentiale bestehen in einer stärkeren Wiederbelebung ihres wechselseitigen Handels sowie in einer stärkeren Orientierung auf außereuropäische Märkte.

In der tschechischen Fachöffentlichkeit sind im Laufe des Jahres 1996 Stimmen laut geworden, die das rapide zunehmende Defizit der Handelsbilanz, das nur zu einem geringen Teil durch "Dienstleistungsexporte"¹¹, vor allem im Fremdenverkehr, eine leichte Reduzierung des Passivsaldo der Leistungsbilanz gegenüber der Handelsbilanz ermöglicht hat, als äußerst bedrohlich herausstellen. Die kritische Grenze des Leistungsbilanzdefizits liege - so wird gewarnt - bei 7 bis 8 Prozent dieses Passivsaldo, bezogen auf das BIP. Dieser Wert ist Ende 1996 bereits erreicht worden. Es wird nach einer exportfördernden Wirtschaftspolitik gerufen.

Tabelle 6:Warengruppen der tschechischen Ausfuhr (SITC - Systematik, in Prozent)

| Warengruppe | SITC | 1993 | 1996* |
|----------------------------|-------|-------|-------|
| Nahrungsmittel, Öle, Fette | 0,1,4 | 8,0 | 5,2 |
| Roh- und Brennstoffe | 2,3 | 12,3 | 9,2 |
| Chemikalien | 5 | 9,5 | 9,1 |
| Halbwaren | 6 | 29,9 | 28,8 |
| Maschinen/Fahrzeuge | 7 | 27,6 | 32,7 |
| Sonstige Fertigwaren | 8,9 | 12,7 | 15,0 |
| Export insgesamt | 1-9 | 100,0 | 100,0 |

* vorläufige Daten

Quelle: Ministerstvo prumyslu a obchodu (Faltblatt 1997)

Angesichts derartiger Befürchtungen ist ein kurzer Blick auf die außenwirtschaftlichen Strukturveränderungen der vergangenen Jahre nützlich. Um die regionale Umorientierung des tschechischen Außenhandels von 1989 bis 1995 zu verdeutlichen, sei der tschechisch-slowakische Warenaustausch ausgeklammert. Unter dieser Annahme ist der Anteil der EG/EU (15) an der gesamten tschechischen Einfuhr von 14,9 auf 64,9 Prozent gestiegen, der Anteil der EG- resp. EU-Länder an der Ausfuhr Tschechiens in der gleichen Periode von 14,3 auf 65,8 Prozent. Es liegt auf der Hand, daß diese enorme Richtungsänderung der Außenhandelsströme mit einer Neuanpassung der Exportstruktur einhergehen mußte. Ein zugegebenermaßen nur sehr annäherndes Bild über die Zusammensetzung der tschechischen Ausfuhr und deren Veränderung von 1993 bis 1996 zeigen die Daten in Tabelle 6.

Zunächst deuten die erheblichen Anteile der verschiedensten, hier der Übersicht halber stark aggregierten Warengruppen auf die stark diversifizierte exportorientierte tschechische Industrie hin, die es ermöglicht hat, die westlichen anstelle der bisher überwiegend östlichen Absatzmärkte zu bedienen. Bei einem zu erwartenden Wachstum der Gesamtausfuhr von 1993 bis 1996 um schätzungsweise rund 25 Prozent sind erhebliche Steigerungen der Exporte von Maschinen, Fahrzeugen und sonstigen Fertigwaren zu verzeichnen, während die Anteile von Roh- und Brennstoffen sowie Nahrungsmittelausfuhren rückläufig waren. Dies bedeutet, daß zunehmend anspruchsvollere Produkte ausgeführt wurden, die für die an Rohstoffen arme und an Humankapital relativ gut ausgestattete tschechische Wirtschaft vorteilhafter sind. Selbst wenn man einräumt, daß die Konkurrenzfähigkeit der

tschechischen Industrie auf den Märkten der Industrieländer noch etliches zu wünschen übrig läßt, so scheinen dennoch unter der Voraussetzung der anhaltenden positiven Tendenzen die Chancen der tschechischen Außenwirtschaft nicht allzu düster zu sein. Eine ausgeglichene Leistungsbilanz dürfte allerdings im Hinblick auf den außerordentlich hohen Importsog kurzfristig kaum zu erreichen sein.

Das außenwirtschaftliche Gleichgewicht kann nur unter den Bedingungen einer in Grenzen gehaltenen Auslandsverschuldung als gefestigt betrachtet werden. Die entsprechende Position der ostmitteleuropäischen Länder kann von den Daten in Tabelle 7 abgelesen werden.

Tabelle 7:

Auslandsverschuldung (Jahresende in Mrd. US \$)

| | 1991 | 1992 | 1993 | 1994 | 1995 | 1996 ² |
|------------|------------------|------|------|------|------|-------------------|
| Tschechien | 9,3 ¹ | 7,1 | 8,5 | 10,7 | 16,3 | 16,7 |
| Slowakei | k. Ang. | 3,0 | 3,6 | 4,3 | 5,8 | 6,1 |
| Polen | 50,8 | 47,0 | 47,2 | 42,2 | 44,0 | 39,4 |
| Ungarn | 22,7 | 21,4 | 24,6 | 28,5 | 31,7 | 28,4 |

1) CSFR

2) zum 30.06.1996

Quelle: Datenbank des WIIW (Wien)

Im Falle Polens stand die Entwicklung der Auslandsverschuldung in den Jahren 1991 bis 1996 über die ganze Periode hinweg immer noch im Zeichen des belasteten Erbes vor 1990. Es gelang - nicht zuletzt im Zuge von erfolgreichen Umschuldungsverhandlungen - die polnischen Auslandsschulden (hier in Bruttowerten ausgewiesen) nicht unerheblich zu reduzieren. Ungarn konnte trotz einer etwas geringeren Erblast einen weiteren Anstieg der Verschuldung nicht verhindern. Pro Kopf der Bevölkerung ist heute Ungarn stärker verschuldet als Polen. Weder der Slowakei noch der Tschechoslowakei, deren Verschuldung 1995 anstieg, droht seitens der Verschuldung gegenüber dem Ausland eine zusätzliche Gefährdung des außenwirtschaftlichen Gleichgewichts.

IV. Fazit

Alle vier ostmitteleuropäischen Länder haben die transformations- und außenwirtschaftlich bedingte Wachstumskrise überwunden. Ein Aufschwung, der in Polen und in der Slowakei besonders kräftig, in Tschechien ansehnlich, und in Ungarn etwas schwächer ist, dürfte in den bevorstehenden Jahren fort dauern. Dennoch ist die wirtschaftliche Leistungskraft der vier Staaten erheblich geringer als diejenige der EU. Lediglich die tschechische Wirtschaft hat das Pro-Kopf-Niveau der beiden schwächsten EU-Mitgliedsländer, Griechenland und Portugal, annähernd erreicht. Die binnen- und außenwirtschaftliche Stabilität hat sich zwar verbessert, aber auch hier liefern die entsprechenden Indikatoren - so etwa die Inflationsraten und die Leistungsbilanzen - immer noch ein ungünstigeres Bild als die der entwickelten Industrieländer. Allein Tschechien und die Slowakei haben einstellige Inflationsraten erreicht. Erfolgreich auf dem Gebiet der Beschäftigungspolitik war nur die Tschechische Republik mit einer extrem niedrigen Arbeitslosenquote.

Allem Anschein nach haben zu dem relativ günstigen Abschneiden Tschechiens die marktliberale Ordnungspolitik und die stabilitätsbewußte Prozeßpolitik ebenso wie die pragmatisch reagierende Sozial- und Strukturpolitik beigetragen. Positiv haben sich aber auch längerfristig wirkende Determinanten, von denen die tschechische Wirtschaft profitieren konnte, ausgewirkt: so das im Vergleich zu Polen und Ungarn zu Beginn der Transformation weit weniger verletzte makroökonomische Gleichgewicht, und vor allem die in lange zurückliegenden Perioden gewachsene, vielfältig entwickelte Industriestruktur, die mit einem hohen Qualifikationsniveau der Arbeitskräfte einherging.

Literatur

Analýza makroekonomického vývoje České republiky v r. 1995 a prognóza na léta 1996, CSÚ, Praha 1996.

Bankovní sektor v období ekonomické transformace, CNB, Praha, 26.9.1996.

Buchtíková, Alena: Privatization in the Czech Republic, Center for Social and Economic Research, Warsaw, 1995/97.

CESTAT-Statistical, Vierteljahresbulletin, Praha, 1994-1996.

Dörr, Gerlinde und Tanja Kessel: Transformation als Lernprozeß. Erfahrungen aus Joint Ventures in Tschechien und ein Beispiel für eine neue moderne Form der Produktionsorganisation, WZB-discussion paper FS II 96-602, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung 1996.

Jennewein, M. und K. Larischová: Czech Republic, in Central and Eastern Europe on the Way into the European Union, Bertelsmann 1996.

Keilhofer, Franz X.: Die Grenzen der "Schock-Therapie" (Thesen zur Arbeit des Autors "Wirtschaftliche Transformation in der Tschechischen und der Slowakischen Republik", Stuttgart, 1996); vervielfältigtes Manuskript, Warschau 1996.

Kosta, Jirí u. Mitarb.: Deutsche Direktinvestitionen in der Tschechischen Republik, hrsg. von der Friedrich-Ebert-Stiftung, Praha 1993.

Kosta, Jirí: Die Transformation des Wirtschaftssystems in der Tschechoslowakei, in C. Hermann Pillath (Hg.): Marktwirtschaft als Aufgabe. Wirtschaft und Gesellschaft im Übergang vom Plan zum Markt, Stuttgart-Jena-New York 1994, S. 153-180.

Kosta, Jirí: Die Transformation des Wirtschaftssystems in den CEFTA - Ländern. Strategien und Ergebnisse im Vergleich, in: H. Süßmuth (Hg.): Transformationsprozesse in den Staaten Ostmitteleuropas, Baden-Baden, 1997, im Druck.

Loesch, D.: Der Weg zur Marktwirtschaft, Baden-Baden 1993.

Mejstřík, M. (ed.): The Privatization Process in East-Central Europe. Evolutionary Process of Czech Privatizations, Dordrecht - Boston - London, 1997.

Prager Wirtschaftszeitung, 29/1996, S. 10

Veröffentlichungen von Jiri Kosta (Auswahl)

Zivilisation am Scheideweg; Mitarbeit im Autorenkollektiv von R. Richta, Praha, 1969, deutsch: "Richta-Report", Frankfurt/M, 417 S.

Abriß der sozialökonomischen Entwicklung der Tschechoslowakei 1945 bis 1977; Frankfurt/M 1978, 217 S.

Wirtschaftssysteme des realen Sozialismus. Probleme und Alternativen; Köln 1984, 272 S.

Crisis and Reform in Socialist Economies; (Mitherausg. P. Gey und W. Quaisser), Boulder and London 1987, 196 S.

Deutsche Direktinvestitionen in der Tschechischen Republik; (Ko-Autoren M. Konstantinov und J. Stouracová), Friedrich-Ebert- Stiftung, Prag 1993, 144 S.

Die Transformation des Wirtschaftssystems in der Tschechoslowakei; in: Marktwirtschaft als Aufgabe, Wirtschaft und Gesellschaft im Übergang vom Plan zum Markt; Hrsg. C. Herrmann Pillath u.a., Stuttgart-Jena-New York 1994; S. 153-180

Die tschechische Wirtschaftswissenschaft von 1945 bis 1990; in: Bohemia 36/2, München 1995, S. 376-387

Die Transformation des Wirtschaftssystems in den CEFTA - Ländern. Strategien und Ergebnisse im Vergleichen: H. Süßmuth (Hg.): Transformationsprozesse in den Staaten Ostmitteleuropas, Baden-Baden, 1997, im Druck